

Der Stern des Nordens. Eine Farce in 5 Teilen mit einem Prolog und 2 Epilogen



© wikipedia.org

Prolog

Moneten statt Raketen, sagte sich, der martialischen Rhethorik und des Kämpfens müde geworden, der Wikinger, ehe er sich für den Posten des Präsidenten der norwegischen Zentralbank bewarb und dem Stern des Nordens den Rücken zuzuwenden gedachte, den schönen Oslofjord vor Augen statt der Schlachtfelder der Ukraine.

Der Stern des Nordens 1. Warschauer Pakt

Frieden, Demokratie, Freiheit und die Herrschaft des Rechts hatte sich der 1949 geschlossene Nordatlantikpakt NATO im Zuge der von Kommunistenphobie getriebenen Eindämmungspolitik der USA gegen die Sowjetunion auf sein Banner geschrieben, die ihrerseits eine Renaissance des Militarismus in Deutschland verhindern wollte und mit befreundeten sozialistischen Satellitenstaaten 1955 den Warschauer Pakt gründete und sich damit nicht nur des wechselseitigen Beistands und der Zusammenarbeit versicherte, sondern auch in Freundschaft den hegemonialen Anspruch gegen die brüderlichen Völker Osteuropas durchsetzte.

Hier NATO wie dort Warschauer Pakt versicherten einander der gegenseitigen militärischen Hilfeleistung im Falle eines Angriffs auf einen Staat des jeweiligen Pakts und ihres unbedingten und innigen Willens zur Friedenssicherung. Die Innigkeit der Beziehungen wurde durch die Stationierung von fremden Truppen und modernsten Waffensystemen im jeweiligen Einflussbereich untermauert. Des Friedens und der unverbrüchlichen Brüderliebe nicht einsichtige Staaten wurden bei Gelegenheit schon mal niederkartätscht wie die DDR 1953, Ungarn 1956 oder die CSSR 1968, die sich der Treue zum grossen Bruder Sowjetunion nicht würdig genug erwiesen und mit Waffengewalt auf den Pfad der Tugend zurückgebracht werden mussten.

Aber ansonsten war es zwischen den Kalten Kriegen fast gemütlich, abgesehen davon dass für die Bewahrung des Friedens immer schrecklichere und teurere Waffensysteme beschafft werden mussten, um sich der Friedensliebe wechselseitig zu versichern, ehe sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der sowjetischen Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands 1990 nicht nur der Warschauer Pakt auflöste, sondern sich auch die Insolvenz der Sowjetunion ankündigte.

Die aus der Geschichte an sich logische gleichzeitige Auflösung der NATO, wie sie die sowjetische Führung bevorzugt hätte, fand nicht statt, dafür einigten sich die westlichen und östlichen Strategen auf eine Gemeinsame Erklärung, in der sie sich als Partner definierten, die Hände freundschaftlich sich reichend, um mit der Charta von Paris 1990 ein internationales Abkommen über die Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa zu unterzeichnen.

Der Stern des Nordens 2. NATO

Die NATO, aus einem Bündnis für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sowie kollektive Selbstverteidigung zwischen Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den BENELUX-Ländern hervorgegangen und um Kanada und die Vereinigten Staaten sowie einige andere europäische Staaten 1949 erweitert, entdeckte bald unter dem Eindruck der Berlin-Blockade und dem Zünden der ersten sowjetischen Atombombe ihre eigentliche Vorliebe fürs Militärische, wie es sich für ein richtiges Verteidigungsbündnis gehört, und antwortete mit einer umfassenden Erhöhung der Verteidigungsaufgaben sowie einer personellen Aufstockung der Streitkräfte.

Zu den strategischen Planspielen mit konventionellen Streitkräften gehörten nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland 1955 alsbald auch solche mit taktischen Nuklearwaffen sowie die Aufstellung von US-Mittelstreckenraketen in Europa. Bis nach der Kuba-Krise verfolgte die NATO die Strategie der massiven Vergeltung auch unter Einsatz von Kernwaffen gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten für den Fall eines konventionellen Angriffs.

Erst mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Unterzeichnung der KSZE Schlussakte 1975 suchte man auch andere Formen der friedlichen Zusammenarbeit als jene der Drohung mit atomarem Abschreckungspotential, was die NATO nicht daran hinderte, mit dem NATO-Doppelbeschluss 1979 die Aufstellung neuer Raketen und Marschflugkörper mit Atomsprenköpfen in Westeuropa zu initiieren, womit sie nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz 1981 massive Proteste und Demonstrationen auslöste.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, der Wiedervereinigung Deutschlands 1989 und der Auflösung des Warschauer Pakts sowie der Sowjetunion 1991 änderte sich die politische Lage in Europa grundlegend und damit auch das militärische Gleichgewicht.

Für die NATO galt es nunmehr neue Aufgaben zu finden, um dem horror vacui der ihrer sinnstiftenden Existenz beraubten Friedensorganisation zukünftige Wege zu weisen und Frieden, Demokratie, Freiheit und der Herrschaft des Rechts zum Durchbruch zu verhelfen.

Dazu gehörten einerseits das Programm Partnerschaft für den Frieden (PfP), andererseits eröffnete sich mit den sogenannten „Out-of-Area“-Einsätzen ausserhalb des Territoriums der NATO, aber sanktioniert mit einem Beschluss des UN-Sicherheitsrats, eine neue militärische Perspektive.

Erstmalig zur Anwendung gebracht wurde die neue Strategie 1999, als im Zuge des Kosovokriegs die NATO Luftangriffe gegen Belgrad flog, allerdings ohne dass zuvor ein Mitgliedstaat der NATO angegriffen wurde und auch ohne Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates, dafür mit freundlicher Unterstützung des Alt-68ers Joschka Fischer, der mit dem Hinweis auf Auschwitz den ersten deutschen Kriegseinsatz nach 1945 legitimierte und das am Balkan besonders kompromittierte Deutschland wieder in den Kreis der ehrbaren Nationen führte.

Der Stern des Nordens 3. 9/11, Afghanistan, Irak

Die Bilder der fallenden Türme von New York vom **11. September 2001** unauslöschlich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt, das Jahrhundert-Trauma der USA, veränderten alles. War on Terror!

Auf Basis einer Resolution des Sicherheitsrates intervenierten die um den Verlust ihrer Weltmachtposition besorgten Vereinigten Staaten gemeinsam mit ihren NATO-Verbündeten in **Afghanistan**, nachdem die Taliban weder gegen Al-Quaida vorzugehen noch Osama bin Laden auszuliefern gedachten.

Der euphemistische Wunsch des amerikanischen Präsidenten, aus Afghanistan einen demokratischen Rechtsstaat machen zu wollen, blieb ein frommer. Weder erreichten die von den USA gestützten Regierungen ausreichende Akzeptanz noch gelang es, die von Pakistan aus operierenden Taliban trotz massiver Aufstockung der NATO-Truppenverbände entscheidend zu schwächen.

Nach 20 Jahren blutiger Kämpfe und Anschläge zog die NATO 2021 völlig ergebnislos aus Afghanistan ab und überliess es den Taliban, die nach nur vier Wochen das Land wieder unter Kontrolle brachten und eine Herrschaft des Rechts nach etwas anderen Vorstellungen von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten insbesondere jener der Frauen etablierten.

Der **Irak** sei Teil einer Achse des Bösen, und er werde nicht zulassen, dass Schurkenstaaten und ihre terroristischen Verbündeten Massenvernichtungsmittel erlangen und damit die USA bedrohen könnten, erklärte der amerikanische Präsident Bush in einer Rede zur Lage der Nation vor dem US-Kongress 2002, um gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich 2003 eine Militäroperation gegen den Irak zu beginnen, ohne dass jemals der Beweis für die Herstellung und den möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen erbracht oder eine Verbindung zum Terror von Al-Quaida nachgewiesen werden konnte.

Mit dem Hinweis, zur nationalen Selbstverteidigung auch Präventivkriege ohne UN-Mandat führen zu können, traten die USA und der mit ihnen verbündete und als New Labour getarnte religiöse Eiferer von 10 Downing Street trotz des Hinweises auf das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal von 1946, das jeden Präventivkrieg als Verbrechen klassifiziert hatte – ein Urteil, das in die UN-Charta aufgenommen wurde – schliesslich in den Krieg gegen den Irak ein und machten dank ihrer militärischen Überlegenheit kurzen Prozess mit Saddam Hussein und seinem Regime.

Mit der 1972 nach der Verstaatlichung westlicher Ölfirmen von Saddam Hussein eingeleiteten Modernisierung von Industrie, Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Infrastruktur, einer breit angelegten Alphabetisierungskampagne und dessen Grossmacht-Träumen ist es damit wohl für einige Zeit im Irak vorbei.

Auch die erwartete Demokratisierung und Vorbildwirkung für die Region sind nicht eingetreten, dafür ein wenig Bürgerkrieg und Anarchie und junge Leute, die ihr Glück öfter beim Islamischen Staat als in westlichen Werten suchten.

Der Stern des Nordens 4. Arabischer Frühling, Libyen, Syrien

Eine historische Rolle nimmt die 2010 in Tunesien beginnende, schliesslich fast alle Länder der arabischen Welt mit unterschiedlicher Intensität erfassende und als „**Arabischer Frühling**“ bezeichnete Protestbewegung ein, die gegen die autoritär herrschenden Regime und korrupte politische und soziale Strukturen ihrer Länder rebellierte und gesellschaftliche und politische Teilhabe forderte. Millionen Menschen protestierten, stürzten in Tunesien und Ägypten ihre Machthaber und sich selbst in verlustreiche Kämpfe, die in Libyen und Syrien in einen jahrelangen und blutigen Bürgerkrieg mündeten. Tausende Tote und Millionen Flüchtlinge sind die ernüchternde Bilanz einer euphorischen Demokratiebewegung.

Gestützt auf eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zum Schutz der Zivilbevölkerung intervenierte die NATO mit einer Flugverbotszone in **Libyen**, um das Gaddafi-Regime von Luftangriffen auf die eigene Bevölkerung abzuhalten und damit implizit die Aufständischen gegen die Regierungstruppen zu unterstützen. Die humanitäre Operation war aber nicht ganz frei von ökonomischen Überlegungen, das libysche Öl betreffend, und geopolitischen, endlich den verhassten Lieblingsfeind der westlichen Welt loszuwerden und den eigenen insbesondere französischen Einfluss auf Nordafrika zu stärken.

Im Ergebnis eröffnete es dem „Islamischen Staat“ eine Basis auf libyschem Territorium, verschlechterte den Lebens- und Sicherheitsstandard des Landes bis heute beträchtlich und macht es zum wichtigsten Transitland für Flüchtlinge und Migrant*innen, die zu Tausenden im Mittelmeer ertrinken beim Versuch, sich die westlichen Werte anzueignen.

Die Umstände des Todes des am längsten dienenden Autokraten Libyens sind bis heute nicht geklärt. Expert*innen sind sich sicher, dass es kein natürlicher Tod war.

Anfang 2011 wurde auch das Regime Baschar al-Assads in **Syrien** mit zunächst friedlichen Protesten im Zuge des Arabischen Frühlings konfrontiert, während die Auseinandersetzungen zunehmend eskalierten und in einen 10jährigen Bürgerkrieg mündeten, in dem es eine halbe Million Tote

zu beklagen gab und 13 Millionen Syrer, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, auf der Flucht waren, von denen geschätzte 7 Millionen ihrer Heimat endgültig den Rücken kehrten.

Zweifellos spielte dabei die Heterogenität der syrischen Bevölkerung, die sich zudem auf verschiedene Religionsgemeinschaften verteilte, eine wichtige Rolle gegenüber einem Staat, der sich als laizistisch und säkular definierte und mit der an europäischen Vorbildern orientierten herrschenden Baath-Partei ein Repräsentant in hatte, die die offene politische Einflussnahme religiöser Gruppierungen wie der Muslimbruderschaft untersagte.

Mit der Einflussnahme internationaler und regionaler Mächte und derer Verbündeter zeigte der Bürgerkrieg aber eine weit über das Lokale hinausgehende Verflechtung unterschiedlicher ökonomischer und strategischer Interessen, seien es jene des Iran und der mit ihm verbündeten Hisbollah, jene der Türkei, der Kurden oder des Islamischen Staats, seien es jene Israels oder Saudi-Arabiens oder jene der Grossmächte Russland, der Vereinigten Staaten, Frankreichs oder des Vereinigten Königreichs.

Sie alle tragen Verantwortung, dass dank ihrer Einmischung ein Krieg mit zahlreichen menschlichen Opfern, mit der Zerstörung von Infrastruktur und unwiederbringlichem Weltkulturerbe wenn vielleicht nicht verhindert, so doch um etliche Jahre verlängert wurde.

Der Stern des Nordens 5. Ukraine

Die NATO rechne noch mit einem lang anhaltenden Krieg in der **Ukraine**, sagte deren Generalsekretär jüngst anlässlich eines Treffens der 30 Aussenminister der Bündnisstaaten in Bezug auf die russischen Ambitionen, was im Lichte der Erfahrungen mit Afghanistan, dem Irak oder Syrien, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, doch etwas besorgniserregend klingt.

Sanktionen aufrechterhalten, Verteidigung und Abschreckung stärken sei die logische Konsequenz für den Stern des Nordens auf seinem langen Weg, so der Wikinger vom Oslofjord, der der Ukraine auch schwere Waffen in Aussicht stellte, damit aber den zufällig anwesenden ukrainischen Aussenminister dennoch nicht zufriedenstellen konnte, der auf einem vollen Öl- und Gasembargo beharrte.

Schon bald nach der Wiedervereinigung Deutschlands, der Auflösung des Warschauer Pakts und der Sowjetunion hatte in verschiedenen europäischen Institutionen, dem europäischen Parlament, in diversen Interessensverbänden, aber auch in der NATO ein intensives Lobbying, von Monarchisten bis rechten Sozialdemokraten, eingesetzt, den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts die Mitgliedschaft in der NATO anzubieten.

Auf der Grundlage der in Paris 1997 geschlossenen Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen NATO und der Russischen Föderation als Voraussetzung für die NATO-Osterweiterung wurde schliesslich Polen, Ungarn und Tschechien ein NATO-Beitritt angeboten, der 1999 ratifiziert wurde. Dem Beispiel sollten 2004 Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien sowie die ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen folgen.

Mit der Ukraine, einem ehemaligen Land der Sowjetunion, wurde 1997 eine „besondere Partnerschaft“ vereinbart.

Ungeachtet der vom russischen Präsidenten Putin 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz vorgetragenen Bedenken hinsichtlich des Prozesses der NATO-Osterweiterung, die keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa habe, sondern im Gegenteil ein provozierender Faktor sei, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senke, sodass Russland das Recht habe zu fragen, gegen wen

sich diese Erweiterung richte, eröffnet die NATO auf ihrer Gipfelkonferenz in Budapest 2008 eine „Beitrittsperspektive“ für Georgien und die Ukraine.

Eingedenk des vom NATO-Generalsekretär eingeforderten Selbstbestimmungsrechts der Staaten Europas war dies im Falle der Ukraine mit ihren zahlreichen Umstürzen, Revolutionen, mit Korruptionsvorwürfen konfrontierter politischer und ökonomischer Nomenklatura allerdings nicht immer ganz leicht zu erkennen, was der politische Wille der ukrainischen Bevölkerung war.

Dass sich Russland durch die neuen militärischen Realitäten existenziell bedroht gefühlt hat, mag einem alten aus dem Kalten Krieg stammenden Blockdenken entsprungen sein oder aber der Sorge, unmittelbar an der 2000 km langen Grenze Raketen der NATO zu haben. Wie auch immer, ein Aggressor ist niemals ein Aggressor aus sich selbst allein.

Mit der Aufnahme der Ukraine in das militärische Verteidigungsbündnis der NATO sowie deren politische und ökonomische Einbindung in die Europäische Union kämen die Vereinigten Staaten jedenfalls ihrem Ziel als alleiniger Welt-Hegemon einen Schritt näher. Russland, mit nicht einmal 10% des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts eher ein Entwicklungsland als eine Weltmacht, wäre damit auch militärisch irrelevant. Das wissen einerseits Russland, das wissen andererseits auch die Vereinigten Staaten und deren servile Satrapen in Brüssel.

Ein Kriegsszenario, in dem sich die NATO auf einen langen Krieg vorbereitet, wie vom Generalsekretär skizziert, mit der Lieferung von schweren Waffen, Raketen und Artillerie für einen Krieg, den nicht die NATO führen muss, in dem die Ukraine devastiert wird und sich Russland militärisch abnützt, ist die Devise. Zur Sicherheit wird ein wenig aufgerüstet und werden Verteidigungsbudgets verdoppelt. Einen Weltkrieg ist die Ukraine der NATO nicht wert, solange andere die Auseinandersetzungen für sie führen und den Konflikt eskalieren, so gut und so lange es geht.

An dieser Stelle kommen die Sanktionen ins Spiel. „Wir werden die strengsten Sanktionen verhängen, die jemals verhängt wurden“, so der amerikanische Präsident Biden. Sanktionen, um Russland so viel Schaden zuzufügen wie möglich, der aber auch mit beträchtlichen Zumutungen für die Europäische Union verbunden ist. Die Folgen sind nicht nur für Russland, sondern auch für

die EU und den weltweiten Handel, die Kapitalmärkte, die Waren und Dienstleistungen ruinös. Das nehmen die USA in Kauf.

Die Europäische Kommission folgt im „Todes-Trieb-Modus“ ergeben, auf Erdöl und Erdgas verzichtend, ohne zu wissen, wie man den nächsten Winter überstehen wird.

„Wenn uns ein Gasembargo angeboten wird, werden wir der EU auf diesem Weg folgen, denn wir wollen das wirksamste Instrument, um Frieden zu erreichen“, so der italienische Ministerpräsident Draghi, ein auch in ökonomischen Dingen nicht unerfahrener Experte, der eingesteht, bis Oktober mit Gasreserven versorgt zu sein. Und dann?

Russland hat längst erkannt, dass es gescheitert ist und stellt seine Bürger*innen auf sehr harte Zeiten ein.

Die Vereinigten Staaten sind unbeeindruckt.

Die schwächste EU-Kommission seit Bestehen der Europäischen Union dreht weiter an der Sanktions- und Eskalationsschraube, ohne sich der möglichen Retorsionsmassnahmen Russlands und der sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Folgen und Schäden für die eigenen Bürger*innen bewusst zu sein, deren Verarmung sie nicht persönlich teilen muss.

Die staatlichen Rundfunkanstalten produzieren weiterhin schreckliche Propaganda-Bilder.

Die Ukraine liegt zerstört am Boden und auch das Vertrauen für 100 Jahre.

Epilog 1

Aber irgendwann den schönen Oslofjord vor Augen haben statt der Schlachtfelder der Ukraine, dachte sich der herbe Wikinger und verlängert sein Amt als Generalsekretär der NATO noch einmal um ein Jahr.

Moneten und Raketen!

Epilog 2

Gerüchte, wonach die Vereinten Nationen ein Gesprächsforum noch lebender internationaler Kriegsverbrecher zum Thema „Ein kathartischer Reformansatz für die Welt“ planten, entbehrten jeder Grundlage und seien nicht nur am Einspruch Washingtons definitiv gescheitert, wie die Nachrichtenagentur AP zu berichten weiss.

Schluss

„Es kommt nicht darauf an, wer regiert, solange man die Regierung ohne Blutvergießen loswerden kann.“

Karl Raimund Popper, Alles Leben ist Problemlösen, Zur Theorie der Demokratie

Schon bei der letzten Präsidentenwahl der USA hat sich herausgestellt, dass dieses Unterfangen in demokratischen Gesellschaften mitunter sehr schwierig sein kann. Umso wieviel schwieriger wäre es gar, eine inferiore EU-Kommission mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit loszuwerden, ganz zu schweigen von militärisch-autokratischen Systemen wie der NATO.
